

II- 567 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 15. März 1972

No. 342/J

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Schmidt, Dr. Scrinzi und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz, betreffend Luftverschmutzung im Raum von Wien.

Die Luftverschmutzung im Raum von Wien hat ein Ausmaß erreicht, das zu höchster Besorgnis Anlaß gibt. Dies gilt nicht nur für jene Stadtteile, in denen sich zahlreiche Industriebetriebe befinden, sondern auch für die Innenstadt, über der während der Heizperiode eine Glocke durch Schwefeldioxyd verunreinigter Luft liegt. Die giftigen Dioxidgase werden zu einem sehr erheblichen Teil durch die Beheizung bundeseigener Gebäude (Hofburg, Bundeskanzleramt, Nationalbibliothek, Albertina, Staatsoper, Burgtheater, Post- und Telegraphendirektion etc.) mit minderwertiger Braunkohle und schweren Heizöl verursacht. Die Anbringung entsprechender Entgiftungsvorrichtungen wurde bei diesen bundeseigenen Heizanlagen bisher weitestgehend vernachlässigt.

Mit Befremden muß registriert werden, daß sich zentrale Stellen der Bundesverwaltung - in einer Zeit, in der einschneidenden Maßnahmen auf dem Gebiete des Umweltschutzes größte Dringlichkeit zukünftig - noch nicht dazu verstehen konnten, in eigenen Amtsbereich mit gutem Beispiel voranzugehen.

Was die Errichtung von Neubauten anlangt, so wird gerade auch in Wien darauf Bedacht zu nehmen sein, daß diese nach Möglichkeit Fernheizwerken angeschlossen werden, keinesfalls aber eine Heizanlage für Öl, Kohle oder Koks erhalten. Bedauerlicherweise soll ein im Rohbau bald fertiggestelltes Gästehaus der Bank für Arbeit und Wirtschaft im Park des Stadthofpalais eine Ölheizung erhalten, was bei dem Umfang des Bauwerkes und seiner Lage in einer schmalen Gasse den Grad der Luftverschmutzung beträchtlich

- 2 -

erhöhen würde.

In Fällen wie den oben genannten sollte das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz - ungeachtet seiner unauflösbaren Kompetenz - unverzüglich daran gehen, im Hinblick auf seine grundsätzliche Verantwortung für den Umweltschutz eine gezielte Interventionsfähigkeit zu entfalten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die

A N F R A G E:

- 1.) Welche Maßnahmen werden Sie angesichts der beschreibungserregenden Luftverschmutzung im Raum von Wien ergreifen?
- 2.) Was werden Sie insbesondere veranlassen, um
 - a) zu einer Entgiftung der Luft in der Wiener Innenstadt beizutragen?
 - b) darauf hinzuwirken, daß Neubauten solche Heizenanlagen erhalten, die keine zusätzliche Luftverschmutzung verursachen?
- 3.) Wie lautet das konkrete Ergebnis Ihrer Bemühungen in den beiden oben dargestellten Fällen?

Wien, den 15. März 1972